

# Noch kein Durchbruch bei Verhandlungen

Lucien Montebrusco

**Regierung und Arbeitgeber haben gestern weiter am Einheitsstatut gebaut. Vom großen Durchbruch war jedoch nicht die Rede.**

Es kommt wieder Bewegung ins Dossier Einheitsstatut für Luxemburgs Beschäftigte. Gestern traf sich der Dachverband der Patronatsvereinigungen, die „Union des entrepises luxembourgeoises“ (UEL), mit Premierminister Jean-Claude Jucker, Sozialminister Mars di Bartolomeo und Beschäftigungsminister François Biltgen. Die UEL war unter anderem durch Präsident Michel Wurth vertreten.

Eine letzte Unterredung Regierung/Patronat hatte am 6. April zwischen Regierung und Handwerkerföderation stattgefunden.

Problem Nummer eins bei den Arbeitgebern sind mögliche Folgekosten, sollte die Lohnfortzahlung wie von der Regierung vorgeschlagen für sämtliche Beschäftigten eingeführt werden. In den ersten 13 Wochen Krankenstand würde das Unternehmen den Lohn weiterzahlen. Bisher übernahm die Krankenkasse bei den Arbeitern das Krankengeld. Die Patronatssprecher gehen von einer Mehrbelastung von 56 Millionen Euro jährlich aus, einmal eine Übergangsperiode von fünf Jahren vorbei.

Auf dem Verhandlungstisch im Staatsministerium lagen gestern Vorschläge der UEL und Gegenvorschläge der Regierung, hieß es

nach der Unterredung. Das Patronat möchte eine Eigenbeteiligung der Kranken im Krankheitsfall einführen, das heißt eine Kürzung des Lohnersatzes. Erstens um Geld zu sparen, und zweitens um vom Krankfeiern abzuhalten. Weiter wünscht sich die UEL eine Entkoppelung der Kassenbeiträge für die Naturalleistungen. Derzeit zahlen Unternehmen und Beschäftigte jeweils 2,7 Prozent des Bruttolohns. In Zukunft sollten sich diese Beitragssätze unterschiedlich entwickeln.

Diese Forderungen sind jedoch nicht nach Geschmack der Regierung, zumal sie die ablehnende Haltung der Gewerkschaften kennt. Derlei Vorschläge widersprechen den Tripartite-Abmachungen, hieß es gestern von Regierungsseite.

Die Gegenvorschläge der Minister bewegen sich im Rahmen ihres seit Monaten vorliegenden Modells. Insbesondere versuche man, den Sektoren entgegenzukommen, die Probleme haben könnten, so Sozialminister Mars di Bartolomeo. Die Regierung sei bereit, eine Mutualitätskasse mitzufinanzieren. Daraus würden Betriebe unterstützt, die wegen der Lohnfortzahlung in Schwierigkeiten rutschen.

## Kostenneutral?

Derlei Sorgen könnten die Unternehmen, insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, ab 2014 plagen, sagen die Patronatssprecher. Dann geht eine auf fünf Jahre be-



Foto: Tageblatt-Archiv

## Das Patronat befürchtet Mehrkosten

fristete Übergangsperiode zu Ende. Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Unterschied zwischen dem aktuellen höheren Kassenbeitrag für Arbeiter und dem geplanten einheitlichen, aber niedrigeren Kassenbeitrag dem Unternehmen ganz oder teilweise zugute kommen.

Die Regierung hält diesen Befürchtungen entgegen, die Reform bleibe auch nach dieser Übergangsregelung kostenneutral. Sie rechnet mit einem Rückgang des Krankenstands. Auch seien die Lohnkosten wegen der niedrigeren Kassenbeiträge rückläufig. Anders die Einschätzung von UEL-Generalsekretär Pierre Bley. Die Regierung sei sich nun bewusst, dass ihre Vorschläge nicht kostenneutral seien.

Den großen Durchbruch brachte das gestrige Treffen in dieser Frage demnach nicht.

Ungeklärt blieb auch das Problem der Zuschläge für Überstunden. Das Regierungsmodell ging bisher von 50 Prozent aus. Den Arbeitern steht derzeit nur 25 Prozent zu. Widerstand kommt denn auch vor allem von den kleineren Betrieben. Erörtert wurden gestern mögliche steuerliche Abfederungsmaßnahmen.

Über Abwesenheit am Arbeitsplatz wird eine Arbeitsgruppe aus Patronat, Gewerkschaften und Regierung diskutieren. Deren Verbesserungsvorschläge sollen gleichzeitig mit der Einführung des Einheitsstatuts am 1.1.2009 wirksam werden. Ein erster Termin wurde bereits vereinbart.